Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 44. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Freitag, den 21. Februar 1930. | 12. Jahrgang.

Wenn du mich fragst: auf wen darf ich in Treuen baun?
Ich sage dir, auf die, die selber andern traun.
Und fragst du aber, wem zu traun dir nicht gebührt?
Nur dem nicht, der im Mund stets Treu und Glauben führt.
Rückert.

Sering gegen den Rauscher-Vertrag!

Nicht oft hat Prof. Max Sering, der bekannte Nationalökonom, in den politischen Tageskampf eingegriffen. Der Blick dieses Gelehrten ist über das kleinliche Tagesgezänk hinaus immer auf letzte Zusammenhänge gerichtet gewesen. Nur so war es möglich, daß er so grundlegende Werke über Siedlungspolitik, Agrarpolitik und Weltwirtschaft schaffen konnte, die allerdings auch auf das aktuelle Geschehen in der deutschen Wirtschaftspolitik ihren großen Einfluß nicht verfehlen konnten. Wenn er selbst hingegen in die Arena des politischen Tageskampfes hinabstieg, dann mußte es sich schon um Angelegenheiten handeln, die ihm für die Entwicklung des Deutschen Reiches von besonderer Bedeutung erschienen oder die seinem Gelehrtengewissen keine Ruhe ließen.

Wie beim Reichssiedlungsgesetz, bei den Zollkämpfen des Jahres 1925 und beim Dawesplan, so handelt es sich gegenwärtig auch beim deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wieder um eine Angelegenheit von allergrößter nationalpolitischer Bedeutung. Sein kürzlich erschienener Aufsatz „Das Polenabkommen" ist ein Meisterwerk ruhiger, sachlicher und objektiver Beurteilung.

Zwei Fiktionen — führt Sering aus — haben es Polen ermöglicht, im Haag so erfolgreich zu wirken: 1. die „vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems" und 2. „die Umwandlung der Reparationsschuld in eine kommerzielle Verpflichtung". Obwohl beides nicht restlos erreicht wurde, gelang es Polen, seine aus einem besonderen Vertrag mit Deutschland herrührenden Rechte mit den Reparationsforderungen auf einen Nenner zu bringen und damit in die Reihe und die Rechte der Reparationsgläubiger einzutreten, deren Bedeutung durch die Sanktionsbestimmungen gekennzeichnet ist. Ein äußerst geschickter Schachzug, der durch die relativ geringe Höhe der polnischen Forderungen in seiner Bedeutung nicht im geringsten beeinträchtigt wird.

Die deutschen Forderungen sind demgegenüber ungleich höher. Zwei bis drei Milliarden werden angegeben als Wert des abgetretenen deutschen Staatseigentums, auf dessen Bezahlung Deutschland Ansprüche aus dem Versailler Vertrag besitzt. Eine so ungeheuere Schuld hat Polens Kredit bisher in engen Grenzen gehalten und seinen wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt. Ein deutscher Verzicht würde die Stellung Polens selbstverständlich stärken. Ob Polen diese Stärkung zum Vorteil des deutschen Spenders verwenden wird, erscheint zum mindesten recht fraglich.

„Polen wagt es," schreibt Professor Sering, „mit der Forderung hervorzutreten, Deutschland solle auch die Verpflichtungen übernehmen, die ihm (Polen) gegen deutsche Privatpersonen aus dem Friedensvertrag entstanden sind." — In diesen Worten Serings liegt eine herbe Kritik an der Größe der polnischen Zumutung. Und in der Tat will Polen seine bisher sabotierten Entschädigungspflichten gegen die brutal enteigneten Deutschen auf das Reich abwälzen. Vielleicht ist weniger die Höhe der Entschädigung, die weit über die offiziell zugestandenen Summen hinausgeht, als die darin ausgesprochene Anerkennung begangenen Unrechts das Unfaßliche.

Während die Liquidationen wenigstens in Ausübung eines formalen Rechtes erfolgten, ist die Annullierung von zirka 4000 Rentengutsverträgen ein offener Rechtsbruch, was auch durch den ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag anerkannt ist. Trotzdem erhielten die reichsdeutschen Siedler keinen Pfennig Entschädigung, die deutsch-polnischen aber nur eine unglaublich geringe Vergütung. „Daß Deutschland sich bereit finden soll", schreibt Sering, „Polen auch von den finanziellen Konsequenzen jener Untat zu befreien, kann nur die Wirkung haben, Polen zu weiteren Rechtsbrüchen zu ermutigen!"

Und was ist die Gegenleistung dieses „im Geiste allseitigen Entgegenkommens" geschlossenen Vertrages? Polen verpflichtet sich zu nichts weiter, als auf weitere Liquidationen zu verzichten, — eine Verpflichtung, die den Gläubigermächten durch den Youngplan sowieso bereits auferlegt wird, während die finanzielle Bereinigung des deutsch-polnischen Liquidationsverhältnisses den Abmachungen beider Staaten überlassen bleibt.

Darüber hinaus zeigt die Erfahrung, daß polnische Versprechungen in ihrem Wert nicht überschätzt werden dürfen. Außerdem gibt die allgemeine Agrargesetzgebung dem polnischen Staate Handhaben genug, um jeden Grundeigentümer deutscher Abstammung auch fernerhin rücksichtslos zu enteignen. „Im Rauschervertrag fehlt leider jede Sicherung gegen solche und andere rechtswidrige Diskriminierungen."

Aehnliches kann von der vereinbarten Einschränkung des „Wiederkaufsrechts" gesagt werden, das sich Polen nicht bloß für jene 12 000 Ansiedlerstellen aus der deutschen Zeit, sondern auch für im Besitz gefestigte Güter, anmaßt. So sehr man den Verzicht Polens auf Ausübung des Wiederkaufsrechtes in gewissen Fällen in gleicher Weise wie den Verzicht auf Liquidation begrüßen kann, so sehr wird auch hier Skeptizismus am Platze sein, da auch nach den neuesten Nachrichten formell noch viele Hintertüren zur Benutzung des Wiederkaufsrechtes offen bleiben. Daß wir hier, wie auch in anderen Fällen auf die Möglichkeit, uns auf dem üblichen internationalen Wege anerkanntes Recht zu holen, verzichten wollen, und uns den Schutz unseres Rechtes mit großen Opfern erneut kaufen, kann der Außenstehende schwer begreifen.

Professor Sering erscheint es unerläßlich, das Abkommen in der vorliegenden Form ostentativ abzulehnen und neue Verhandlungen zu fordern. Man sollte annehmen, daß die Persönlichkeit und die Sachkenntnis Serings in letzter Stunde die Geister wachrütteln und das deutsche Volk vor der Ratifizierung des unmöglichen Rauschervertrages bewahren. Aber diese Annahme ist leider mehr Wunsch als Hoffnung.

Die Frau und die Politik.

Im „Aufwärts" Nr. 27 erschien ein Aufsatz von M. v. Hindersin über „Die evangelische Frau und der Christlich-soziale Volksdienst. Der Aufsatz hat — das läßt sich nicht verschweigen — bei vielen anderen evangelischen Frauen Bedenken ausgelöst. Frauen, die sich auch ernst bemühen, ihren Dienst am Volk nicht nur „einzuordnen in den Dienst Gottes", sondern ihre Erfahrung von Gottes Gnade, ihr christliches Gewissen allem Volks- und Menschendienst voranzustellen und die mit Ueberzeugung in anderen politischen Parteien stehen. Weder haben sie verdient, hingestellt zu werden als solche, denen ihr Christentum nicht ernst ist, noch haben sie sich bislang als politisch Heimatlose angesehen. Sie haben vor mehr denn einem Jahrzehnt die Wahl ihrer politischen Partei vollzogen und haben innerhalb derselben im Sinn ihrer Ueberzeugung gewirkt. Schreiberin dieser Zeilen hat jedenfalls, das darf sie Fräulein v. Hindersin versichern, in der Deutschnationalen Partei nie irgendeine Hemmung erfahren, wenn sie als evangelische Frau in diesem Sinne einzuwirken suchte. Auch die Führer der DNVP haben bei jeder Gelegenheit bewiesen, daß ihnen die Forderungen des evangel. Christentums wichtig waren. Aber — und das scheint den, wie die Verfasserin des Aufsatzes mit Recht schreibt, unpolitischen Frauen nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein — die Politik umfaßt eben nicht nur kulturelle, sondern ebensowohl eine Reihe von außen- und innenpolitischen Fragen, die vom Standpunkt der überzeugten Christen ebensowohl bejaht wie verneint werden können. Wirtschafts- und Steuerfragen sind an sich keine Fragen des Christentums, der Weltanschauung. Will man behaupten daß das Zündholzmonopol, die Steuerreform. die Balanzierung des Etats, der Youngplan vom Standpunkt des Christentums nur eine Antwort möglich machen können? U. E. kann der überzeugte Christ nur nach ernster Gewissensprüfung und nach dem Maße seiner Erkenntnis zu den Dingen Stellung nehmen, nicht aber behaupten, der Dienst Gottes lasse nur eine Lösung zu. Das will mir vermessen oder durch mangelnde Sachkenntnis verursacht erscheinen. Im politischen Leben müssen vor allem Anderen zwei Dinge festgehalten werden. Erstens: Niemand, der ernst genommen werden will, vor allem niemand, der sich einen Christen nennt, kann in dem, was ihm grundsätzliche Ueberzeugung ist, eine unklare Haltung einnehmen, oder gar seine Ansicht verleugnen. Zum anderen ist nie zu vergessen, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, d. h. daß sie suchen muß, mit den erreichbaren und nach gewissenhafter Prüfung anwendbaren Mitteln das z. Zt. denkbar Beste für Volk und Vaterland zu erreichen. Man kann bei finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen oft zweifelhaft sein. Man kann z. B. der Meinung sein, der 5-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend gäbe für die Angestellten die Möglichkeit zum Besuch des Gottesdienstes, oder aber befürchten, daß er kleinere Geschäfte des vom Großstadtbetrieb schon so bedrückten Mittelstandes schädige und dadurch Armut und Sorge vermehre. Diese Stellung erbittende Petitionen sind sehr zahlreich an die Abgeordneten gekommen. Im Namen des Christentums ist eine unbedingte Antwort in diesem wie in vielen ähnlichen Fällen nicht zu geben. Man suche von den einzelnen Abgeordneten auf diese und ähnliche Fragen eine durch sein christliches Gewissen beeinflußte Stellungnahme zu erreichen, mehr kann er, gerade wenn er sich als Christ seinem Gott verantwortlich fühlt, nach meiner Ueberzeugung nicht tun. (Siehe Augsburgische Konfession, Artikel 28. Luther: Von weltlicher Obrigkeit.)

Die neugebildete „Front" wird von M. v. Hindersin rückhaltlos begrüßt und sie meint, man habe sich „im Namen Christi die Hand gereicht", um in selbstloser, opferbereiter Arbeit durch verständnisvolle Ueberbrückung der Gegensätze den Klassenhaß und den Parteihader zu bezwingen". Möchten ihre Hoffnungen sich erfüllen. Wie man aber „Parteihader" bekämpfen will, indem man neue Parteien schafft, ist schwer zu begreifen. Das müßte doch M. v. Hindersin nach ihren Ausführungen gerade nicht empfehlenswert finden. Der Jubel der Linken über die durch das Entstehen der neuen Gruppe verursachte Schwächung der Rechten sollte jedenfalls denen zu denken geben, die mit mir den heißen Wunsch haben, daß es vielleicht noch in letzter Stunde gelingen möge, unser geliebtes armes deutsches Volk von dem vor uns gähnenden, finsteren Abgrund von Gottlosigkeit, sittlichem Niedergang und Verderben zurückzureißen, Glaube und Treue durch ehrlichen Fleiß wiederherzustellen und für die kommenden Generationen ein, wenn auch vielleicht verarmtes, aber doch geachtetes Deutschland wieder zu erkämpfen. Das kann aber nur durch eine starke Rechte erreicht werden. Dafür sollten die Christen, Männer und Frauen, mit voller Hingabe sich einsetzen, wo immer sie im politischen Leben stehen, aber nicht sich gegenseitig schwächen und bekämpfen und für jede Einzelforderung und jede Sonderansicht ein neues Parteichen bilden. Paula Mueller-Otfried.

Der unpolitische Deutsche.

Von Armin Franke.

(Schluß.)

Das Gebäude der deutschen Staatseinheit war kaum im Rohbau fertiggestellt, da wurde es bereits schwer erschüttert durch den Kampf mit dem in der Sozialdemokratie organisierten vierten Stande und dem im Zentrum organisierten politischen Katholizismus. In beiden Kämpfen ist Bismarcks Staatskunst unterlegen. Der soziale Zwiespalt wurde nicht überwunden, der religiöse trat aufs neue und zwar mit ungeahnter Schärfe zutage. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts trat die Ueberfremdung des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet immer deutlicher und bedrohlicher in die Erscheinung. Die kulturelle Ueberfremdung erkennen wir im Schrifttum, in der Presse, dem Theater, Konzertsaal, in der literarischen und Bühnenkritik, dem Kino, der Schmutz- und Schundliteratur. — Diese Ueberfremdung des gesamten deutschen Lebens und Wesens führte in ihrer Gesamtwirkung zu einer weitgreifenden Zersetzung des deutschen Volksgeistes, zu einer fortschreitenden Preisgabe völkisch-nationaler Ideale.

Wilhelm II. opferte Bismarck, der Reichsverdrossenheit vermochte er trotzdem nicht Herr zu werden. Man sang bei vaterländischen Festen das Nationallied, aber man wußte, daß das Reich auf schwachen Füßen stand. Das deutsche Bürgertum war dessen durchaus nicht sicher, daß das deutsche Volk zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenstehen werde, wenn einmal die Schicksalsstunde da wäre, aber es vermochte die Zeichen der Zeit nicht zu deuten; für eine durchgreifende Reform auf der Grundlage des deutschen Volkstums — alſo im Sinne eines Nationalismus, der wirklich sozial und eines Sozialismus, der entschieden national gewesen wäre, — war's jetzt ohnehin zu spät.

Die Schicksalsstunde kam. Nach einem mächtigen Aufschwung des Nationalgeistes trennten sich die Wege der Deutschen je länger je mehr. Die „Revolution" hätte den Nationalgeist zu entflammen vermocht, wenn sie zum letzten Aufgebot der letzten Volkskraft geschritten wäre. — Heute bekunden schon Zahl und Namen unserer politischen Parteien die völlige Zersetzung des Nationalgeistes.

Hier drängt sich die Frage auf: War die Kirche in der Zeit der Ueberfremdung des Volkslebens sich ihrer Aufgabe als Hüterin und Pflegerin des Volkstums bewußt, und erwies sie sich bei den Lösungsversuchen der sozialen

Frage — einer Lebensfrage des deutschen Volkes — als eine führende Macht? Der damals jugendliche Kaiser Wilhelm II. hatte die Zuversicht, daß er mit der roten Gefahr allein fertig werden könne. Und doch hatte auch die Kirche die Aufgabe, an der Ueberwindung der sozialen Krise mit ihren Mitteln tätigen Anteil zu nehmen, um dadurch schwere Erschütterungen von dem kirchlichen und vom gesamten Volksleben abzuwenden.

Die ersten — noch gleichsam unterirdischen Stöße der sozialen Revolution erfolgten in Preußen-Deutschland im Frühjahr 1848. Friedrich Wilhelm IV. erkannte die Notwendigkeit, die im Christentum gegebenen sozialen Kräfte in einem höheren Grade als bisher wirksam zu machen; er wünschte eine freie Kirche im freien Staate. — Schon 1849 trat Wichern auf den Plan und entwickelte auf dem Kirchentage zu Wittenberg sein Programm der inneren Mission der evangelischen Kirche. Doch diese Kirche hörte trotz der ihr gegebenen Verfassung nicht auf, Staatskirche zu sein; infolgedessen blieben auch die hemmenden und lähmenden Auswirkungen dieser Bindung bestehen. Zwar regten sich auf den Evangelisch-sozialen Kongressen führende Geister, die den Ernst der Lage und die soziale Aufgabe der Kirche begriffen — doch als in der Person des Hofpredigers und Volksmannes Adolf Stöcker der Vorkämpfer eines christlichen Sozialismus und Hüter des schwerbedrohten deutschen Volkstums hervortrat, da wurde er aus seinem Amt entlassen, und es fiel das schicksalvolle Wort: christlich-sozial sei Unsinn. Bei wohlwollender Neutralität an höchster Stelle hätte Stöckers christlich-soziale Volksbewegung wohl noch in letzter Stunde die Kluft überbrückt und die Kräfte des Volkstums mobil gemacht zum Abwehrkampf gegen die Ueberfremdung, welche die Entartung und den Niedergang des Volkstums zur unausbleiblichen Folge hat. Inzwischen haben die Geschicke sich erfüllt, wie es Vater Bodelschwingh schon bei Stöckers Entlassung vorausgesehen. — Nunmehr ist die staatliche Bindung der Kirche aufgehoben, und es muß sich zeigen, ob die Befreite die Lähmungserscheinungen überwindet und ob es ihr gelingt, in engster Verbindung mit dem deutschen Volkstum die in der Religion Jesu gegebenen sozialen Kräfte wirksam zu machen. Sie würde in diesem Falle helfen, das niedergebrochene Volksbewußtsein der Deutschen wiederaufzurichten; das wäre gewiß ein Gott wohlgefälliges Werk, das auch der Kirche selbst zum Segen gereichen würde. — Wenn nicht alle Zeichen trügen, so vollzieht sich gegenwärtig im evangelischen Lager ein Erwachen bei dem der christlich-soziale und der deutsche Geist zu gemeinsamem Werke sich finden.

Es wird schon deshalb immer unmöglich bleiben, den Charakter eines Volkes aus seinen Schicksalen restlos zu erklären, weil diese Schicksale bereits bis zu einem gewissen Grade Auswirkungen dieses Charakters sind. Die Uebersicht derjenigen Geschicke unseres Volkes, die der Ausprägung eines kraftvollen Nationalcharakters hinderlich waren, wird dennoch die Schwächen, die wir beklagen und deren unabsehbare Folgen wir erleiden müssen, begreiflicher erscheinen lassen.

Wird es besser werden? Dürfen wir hoffen? Man müßte es im Blick auf unsere bisherige Geschichte und im Gedanken daran, daß die Völker aus ihrer Geschichte nichts zu lernen pflegen, verneinen.

Doch das hieße dem Schicksal vorgreifen, es hieße jeden Sinn der Geschichte leugnen. Es kann besser werden, wenn im nationalen Lager die Erkenntnis gewonnen wird, daß die nationale Gesinnung die soziale notwendig einschließt, daß der Nationalstaat ein Trugbild ist und bleiben wird ohne wahren Sozialismus, und wenn man im sozialistischen Lager begreift, daß wahrer Sozialismus sich nur dauerhaft begründen läßt auf einem kraftvollen, aufrechten Volks- und Staatsbewußtsein, dagegen nicht auf der internationalen Solidarität des Proletariats; denn wer Freiheit und Gerechtigkeit, Lebensraum und Brot für sein Volk will, der muß folgerichtig auch den machtvollen Nationalstaat wollen, der allein diese Güter ermöglichen, schützen und erhalten kann. —

Es kann besser werden, wenn die von staatlicher Bindung freigewordene Kirche ihren Beruf als Pflegerin der im Volkstum gelegenen gottverliehenen Werte tiefer als bisher erfaßt und die in unserer Religion gelegenen sozialethischen Kräfte mit voller Aktivität in ihrem eigenen Bereich und auch im politischen Ringen zur Geltung bringt.

Es ist die Frage des deutschen Schicksals, ob das volksbewußte deutsche Frontkämpfertum, die deutsche Intelligenz und eine deutschbewußte Kirche die Aufgaben der Zeit erfassen und ob es ihnen gelingt die Führung unseres Volkes im obigen Sinn zu erlangen.

Zollunion mit Oesterreich.

Zum Besuch des deutsch-österreichischen Kanzlers in Berlin.

Von

Georg Kastenbein.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutsch-Oesterreich werden durch den bevorstehenden Besuch des österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober in Berlin einen neuen Antrieb erhalten. Für den Freund des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Deutschland und Oesterreich als einer Vorstufe des späteren staatsrechtlichen Zusammenschlusses löst diese Tatsache Freude und bange Erwartung aus. Freude, weil damit die unterbrochenen Verhandlungen einen neuen Antrieb erhalten; bange Erwartung, weil eine neue Unterbrechung der Verhandlungen den Anschlußgedanken vor eine harte Belastungsprobe stellen muß. Da den neuen Verhandlungen aber Besprechungen einzelner Wirtschaftsgruppen vorausgegangen sind, kann man diesmal auf einen günstigeren Ausgang der Verhandlungen hoffen.

Trotzdem ist einiger Pessimismus gerechtfertigt. Haben doch selbst die eindeutigsten Willenskundgebungen der Volksvertretungen beider Länder den bisherigen Gang der Verhandlungen nicht beeinflussen können. Die für die Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands und Oesterreichs maßgebende Bürokratie kann sich nicht daran gewöhnen, diese Verhandlungen vom üblichen Schema abweichend nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu sehen. Der österreichische Nationalrat beschloß am 27. Mai 1928 einstimmig: „Der Nationalrat erblickt in einer beschleunigten Angleichung der österreichischen Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse an jene des Deutschen Reiches ein dringendes Gebot und eine unerläßliche Voraussetzung für eine günstige Zukunftsentwicklung Oesterreichs." Ebenso einmütig sprach sich der Reichstag am 5. Juli 1928 für folgenden Antrag aus:

„Die Reichsregierung wird ersucht, die gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich in dem Sinne und mit dem Ziele des Abschlusses einer deutsch-österreichischen Zoll- und Wirtschaftsunion zu führen."

Der christlich-soziale Abgeordnete Professor Dr. Drexel, ein führender Vertreter der Anschlußbewegung, verlangte im Januar 1929 im österreichischen Nationalrat den Abschluß eines Handelsvertrages, zu dessen Verhandlung „die Unterhändler zusammentreten wie

Wem empfahlen Sie in letzter Zeit den „Aufwärts"?

Freunde, die nur eine Aufgabe haben, miteinander einen wirklichen Freundschaftsvertrag zu schließen, der der ganzen Welt den Beweis dafür erbringt, die zwei sind keine Entente, sie haben keinen Pakt, den man dem Völkerbund vorlegen muß, sie haben keinen Schiedsvertrag, sind aber eine große Einheit, ein Kernpunkt zur Einheit Europas." Diese Erklärung fand stürmische Zustimmung aller Parteien. Der Landbundvertreter ging sogar so weit, zu verlangen, daß eine Staatsdelegation mit dem Bundeskanzler oder einem Minister an der Spitze die Verhandlungen verantwortlich zu führen hätte, um dann weiter auszusprechen: „Der Minister oder der Abgeordnete, der von solchen Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag mit einem Mißerfolg zurückkehrt, wäre in Oesterreich und im Reiche unmöglich."

Wie uns aber der bisherige Gang der Vertragsverhandlungen lehrt, haben diese Worte bis heute wenig genützt, die Tat ist ausgeblieben! Es sollte darum eine Aufgabe aller volkspolitischen Kreise sein, den Gang der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich aufmerksam zu verfolgen. 1853 bestimmte bereits einmal ein deutsch-österreichischer Handelsvertrag, daß bis zum Jahre 1862 die Zollunion durchgeführt werden müsse. Statt der Zollunion kam Königgrätz! Eine geschichtliche Warnung!

Wir müssen eins klar und deutlich erkennen: die wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs drängen nach einer Lösung, so oder so! Eine wirtschaftliche Orientierung Oesterreichs in einer anderen Richtung als der zum Mutterlande, zum Deutschen Reiche, würde für uns nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Nachteile bieten: Es sei einmal offen ausgesprochen: Wir Reichsdeutsche haben zu einem großen Teil Oesterreich als wirtschaftlichen Faktor noch nicht erkannt. Die Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich betrug z. B. 1928 207,9 Millionen Reichsmark (ausschließlich Reparationslieferungen) und nach Oesterreich 425,8 Millionen Reichsmark. Frankreich hat 1928 von den wichtigsten deutschen Fertigwarengruppen (Textilien, Eisenwaren, Farben, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse) einschließlich der Reparationslieferungen nur für 198,8 Millionen Reichsmark entnommen, während Oesterreich von den gleichen Warengruppen für 221 Millionen Reichsmark einführte.

Wir haben ferner alle Ursache, jede Möglichkeit der Grenzsprengung — und sei es zunächst nur die Sprengung wirtschaftlicher Grenzen — zu ergreifen. Durch die Angliederung Oesterreichs mit 83 904 Quadratkilometern würde Deutschland seinen Raum um ein Sechstel vergrößern. Der Bezug steirischer statt lothringischer Erze würde ohne Nachteil für uns sein, wie es das private Eisenerz-Koksabkommen der Alpinen Montan- mit den Deutschen Stahlwerken beweist. Oesterreichische Baumwollgarne können französische Garne ersetzen. Ein Zollbündnis mit Deutsch-Oesterreich könnte einem Ersatz für Elsaß-Lothringen gleichkommen und Oesterreich wirtschaftlich beleben, ohne von uns Opfer zu fordern.

Aufgabe unserer Unterhändler und umgekehrt der Unterhändler Deutsch-Oesterreichs muß sein, die Grundlage der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern. Ziel der Verhandlungen muß die Wirtschaftseinheit Deutschlands und Oesterreichs bilden. Im Vordergrund steht der Handelsvertrag, die Zollunion, im Hintergrunde leuchtet das Ziel: Großdeutschland.

Das Land der Gegensätze.

(Schluß.)

Vor dem Schaufenster aber, in dem Tausende und aber Tausende europäische Luxusartikel ausgestellt sind, steht ein schwarzer Mann. An den Füßen trägt er die einfachen schweren Holzsandalen der Massai. Der Leib ist bekleidet mit dem schon bei seinen Vorvätern üblichen Fell, das ihm seine Rinderherden bieten. Ueber der Schulter hält er eine dicke Holzkeule, mit der ich keine nähere Bekanntschaft machen möchte. Das Haar hat er kunstvoll bearbeitet. Er hat es mit Fett und roter Erde eingeschmiert und hat dann lauter kleine, bindfadendicke Rollen daraus gedreht, die ringsum gleichmäßig abgeschnitten sind. So glänzt der ganze Kopf in rotem Schein. Hinten aber hat er das Haar zu einem langen Haarbeutel zusammengedreht. Durch das Ohrläppchen, das reichlich ausgeweitet ist, hat er einen Holzpflock gesteckt und auch die Ohrmuschel mit Perlen geschmückt. Mit großen erstaunten Augen steht er auf einen langen Stock gelehnt vor all den Herrlichkeiten, die ihm so fremd sind. Gewiß weiß er von den meisten Dingen kaum, wozu sie zu brauchen sind. Was mag in seiner Seele vorgehen? Ob er mit Begehrlichkeit sich alle diese Dinge wünscht, um es dem weißen Mann gleich zu tun? Ob er mit Verachtung auf all den bunten, unbekannten Flitter schaut, der da vor ihm ausgebreitet ist? Niemand kann es sagen. —

In Kikuyu, etliche Stationen hinter Nairobi im Innern des Landes besichtigen wir die große Missionsarbeit der Church of Scotland. Etwa 900 Schüler werden täglich in der großen Schule unterrichtet. Um diese gewaltige Schar unterzubringen, ist die Schule in drei Abteilungen geteilt. Die größeren Jungen und Mädchen werden am Nachmittag, wieder andere am Abend weiter gefördert. Die Jungen waren alle bekleidet mit kurzen, gelben Khakihosen und ebensolchen Jacken. Die Mädchen trugen Hängekleider und buntfarbige Kopftücher. Schwarze Lehrer unterrichteten sie und suchten ihren Geist zu bilden. Ich war erstaunt, welch schwierige Rechenaufgaben sie zum Teil miteinander zu lösen versuchten. „Afrika lernt!" Hier trat es uns wieder einmal sinnfällig vor die Augen. Die Jugend Afrikas fängt an, die Weisheit und Erkenntnis Europas auch für sich zu erobern. Ja, sie ist zum Teil schon so weit, daß eine es dem andern weitergeben kann.

Wir traten aus der Schule heraus. Das erste, was wir sahen, waren einige Kikuyu-Frauen. In einer Reihe wanderten sie hinter einander. Sie hatten noch nichts Europäisches an sich. Auch sie bedeckten ihre Blöße mit dem Fell ihrer Rinder. Durch die Ohrmuschel hatten sie große Ringe von bunten Glasperlen als Schmuck gezogen. Jede trug eine große Holzlast. Sie war zusammengeschnürt und an einem langen Lederriemen befestigt. Der Lederriemen war auf den Kopf gelegt, so daß auch hier, wiewohl die schwere Last auf dem Rücken der Frauen lag, alles vom Kopfe getragen wurde. Während drinnen ein neues Afrika sich zum Kampf des Lebens rüstete, ging draußen die alte Welt vorüber, als sei nichts Neues in ihrem Gesichtskreis erschienen.

3. Weiß und Schwarz.

Ueppig reich ist das Hochland von Kenya. Auf dem fruchtbaren Boden gedeiht der Mais und die Kartoffel, das Korn und der Muhogo. Mächtige Herden von afrikanischem und europäischem Rindvieh weiden auf den saftigen Wiesen, deren Gras fast bis zum Bauch der Tiere reicht. Und das Klima ist gesund, auch für den weißen Mann, liegt doch das Land 2000 Meter und mehr über dem Meeresspiegel. Hier gibt es keine verderblichen Moskiten, die Plage Afrikas. Hier bringt der Wind ständig eine frische Brise. Selbst jetzt in der warmen Zeit, mitten im Januar, wird es abends so frisch, daß die Weißen das Feuer im Kamin ihrer Häuser anzünden. Es ist kein Wunder, daß die Menschen aus dem überbevölkerten Europa mit Freuden sich hier niedergelassen haben. Es ist kein Wunder, daß sie darauf aus waren, dieses gesunde und reiche Land ganz in ihren Besitz zu bringen. Tatsächlich gehört hier wohl fast alles Land den weißen Eroberern.

Aber auch das ist kein Wunder, daß die schwarzen Leute anfangen, ihre Lage zu begreifen. Es wird ihnen deutlich, wie ihr Heimatland in die Gewalt fremder Menschen gekommen ist. Sie fangen an zu überlegen, wie sie wieder in den Besitz und die Gewalt über ihre angestammten Sitze kommen können. Ja, sie fangen an, zur Tat zu schreiten. Die große einflußreiche Kikuyu Central Association hat es sich unter der Führung schwarzer Männer zur Aufgabe gemacht, für die Rechte der schwarzen Einwohner zu kämpfen.

Gerade jetzt tobt hier ein Kampf, der äußerlich angesehen innerkirchlich erscheint, in Wirklichkeit aber auf politische Gründe zurückgeht. Die Mission der Schottischen Kirche und die Afrika-Inland-Mission sind dadurch in schwere Nöte gekommen. Das Volk der Kikuyu hat als alte Sitte die Mädchenbeschneidung. Wenn das Mädchen 11 oder 12 Jahre alt ist, wird sie unter großer öffentlicher Festlichkeit vollzogen. Erst dann ist die Zeit der Kindheit vorbei, und das Mädchen ist ein volles Glied des Stammes geworden. Schon immer haben die Missionare gegen diese barbarische Sitte angekämpft in der Hoffnung, daß die Glieder der Kirche sie allmählich beseitigen würden. Aber diese Hoffnung hat getrogen. Als nun die Missionare anfingen, solche Eltern, die ihre Kinder zu dieser Beschneidung zwangen, unter Kirchenzucht zu stellen, hat sich der Sturm erhoben. Die Central Association hat es verstanden, den Leuten klarzumachen, daß es sich hier um einen neuen Angriff auf ihr Volkstum handle, und hat es wirklich dahin gebracht, daß die meisten sich davon überzeugen ließen. Dr. Arthur, der Moderator der Schottischen Mission, erzählte uns, daß etwa 90 Prozent ihrer Kirchenglieder sich zur Zeit von der Kirche getrennt haben. Zuerst haben diese Scharen eigenen Gottesdienst nach den Gottesdiensten der Mission in den Kirchen der Mission abgehalten. Dann haben sie versucht, ihre Gottesdienste zur selben Stunde wie die Mission zu halten. Da mußte dann die Regierung eingreifen und die Ruhestörer bestrafen, was natürlich nur zu weiterer Verbitterung führte. So groß war die Erregung, daß in diesen Tagen eine Missionarin der Afrika-Inland-Mission in Kijabe in ihrem Haus ermordet aufgefunden wurde. Niemand zweifelt, daß diese Untat in Zusammenhang mit diesem Kampf steht.

So ballen sich auch über Ostafrika die Wolken des Rassenkampfes zusammen, den man bisher nur so ausgeprägt in Südafrika kannte. Schwarz und weiß, auch dann, wenn sie zu einer Kirche gehören, stehen sich gegenüber als Gegensätze. Für den Missionar, der die Herzen des schwarzen Volkes für Jesus gewinnen will, ist die Stellungnahme nicht leicht. In seiner Seele werden diese Kämpfe vielleicht am stärksten ausgefochten. Er ist es, der am meisten unter der Not leidet, die das Land der Gegensätze seinen Bewohnern jetzt bereitet.

Curt Roniche.

Roggenabsatz-Kampf beendet.

Gründung einer deutsch-polnischen Kommission. — Kontingente und Mindestpreise.

— Berlin, 20. Februar.

Das von den deutschen und polnischen Unterhändlern vereinbarte Abkommen über die Belieferung der nordischen Märkte mit Roggen und die Verhinderung weiterer gegenseitiger Preisunterbietungen hat nunmehr die Zustimmung der beiden Regierungen gefunden. Das Abkommen gilt für die Zeit bis zum 1. Juli, es soll aber verlängert werden, wenn es sich bewährt.

Um eine möglichst gute Verwertung des Roggens zu erreichen, sieht der Vertrag eine Kontingentierung der Ausfuhr unter Innehaltung von Mindestpreisen und die Gründung einer deutsch-polnischen Kommission für diese Ausfuhrregelung vor. Zur Durchführung der geschäftlichen Tätigkeit der Kommission wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung errichtet. Ihre Gesellschafter sind zunächst als Treuhänder die polnische staatliche Getreidestelle für den polnischen Anteil und die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft für den deutschen Anteil. Der Sitz der Kommission soll nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit bestimmt werden. Er befindet sich zunächst in Berlin. Die Regierungen haben sich verpflichtet, deutsche Einfuhrscheine oder polnische Ausfuhrscheine für die Dauer des Vertrages nur noch für solche Roggenausfuhrmengen zu erteilen, die durch die Vermittlung der deutsch-polnischen Kommission verkauft werden. Dabei haben sie sich vorbehalten, in welcher Weise sie ihren Getreidehandel in den Verkehr mit dieser Kommission einschalten wollen.

Die von beiden Staaten nach den nordischen Ländern auszuführende Roggenmenge soll auf Deutschland und Polen im Verhältnis von 3 : 2 aufgeteilt werden. Die deutsch-polnische Kommission verteilt diese Quoten auf den Roggenausfuhrhandel beider Länder. Die deutsch-polnische Kommission setzt ferner Mindestpreise für die Ausfuhr des Roggens je nach der Marktlage fest, um eine möglichst günstige Verwertung des Roggens im Auslande zu ermöglichen.

Wie noch mitgeteilt wird, wird der deutsche Anteil an der Roggenausfuhr nach Maßgabe des bisherigen Anteils an die landwirtschaftlichen Genossenschaften, den freien Getreidehandel und die staatlichen Getreidehandelsgesellschaften aufgeteilt werden.

•

Opposition gegen den Zollfrieden.

— Genf, 20. Februar.

Auf der Zollfriedenskonferenz in Genf kam jetzt zum ersten Mal die Opposition zu Wort, wobei in erster Linie die überwiegenden Agrarländer zu scharfem Angriff vorgingen. Rumänien und Spanien äußerten Bedenken und Zweifel an der Durchführbarkeit eines Zollwaffenstillstandes. Auch der italienische Regierungsvertreter bezeichnete in einer kurzen Erklärung einen europäischen Zollwaffenstillstand als „undurchführbar und nicht notwendig". Der rumänische Finanzminister Madgearu befürwortete regionale europäische Wirtschaftsbündnisse.

Beratung der Mißtrauensvoten

Ministerpräsident Braun verteidigt sich. — Die Ostgrenzen unnatürlich und untragbar!

— Berlin, den 19. Februar 1930.

Der Preußische Landtag verhandelte heute über die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei gegen den Ministerpräsidenten Braun. Der deutschnationale Antrag wird damit begründet, daß Preußen im Reichsrat entgegen der Aufforderung des Landtags für den Polenvertrag gestimmt hat; der Antrag der Wirtschaftspartei wurde wegen der Umbesetzung des Kultusministeriums eingebracht. Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge findet am Freitag statt.

•

In der Aussprache nannte Abg. **Ladendorff** (Wirtschaftsp.) die Ernennung des Sozialdemokraten Grimme zum Kultusminister einen erneuten Angriff gegen das christliche deutsche Volk. Wenn der neue Kultusminister sich auch als religiöser Sozialist bezeichne, so bleibe doch die antireligiöse Einstellung der Sozialdemokratie bestehen. Da die katholischen Interessen durch den katholischen Staatssekretär im Kultusministerium gewahrt seien, so bedeute die Ernennung Grimmes geradezu eine Illoyalität gegenüber dem evangelischen Volksurteil.

Abg. Dr. **v. Winterfeld** (Dntl.) erklärte, auch seine Fraktion mißbillige die Ernennung eines sozialdemokratischen Abgeordneten zum Kultusminister. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen sei eine Ungeheuerlichkeit. Dem Versprechen Polens, deutschen Grundbesitz nicht weiter zu liquidieren, stehe er mißtrauisch gegenüber. Der Vertrag werde im Auslande als Anerkennung des Korridors gewertet. (Widerspruch links.) Polen werde sich durch dieses Abkommen nicht an seinen imperialistischen Zielen hindern lassen. Obwohl der Landtag mit Mehrheit beschlossen habe, der preußische Vertreter im Reichsrat solle gegen das Liquidationsabkommen stimmen, habe er dem Vertrage zugestimmt. Da der Ministerpräsident hierfür verantwortlich sei, müsse ihm das Vertrauen entzogen werden.

Ministerpräsident Dr. Braun

wandte sich in seiner Rede zunächst gegen die Behauptung, daß er sich bei der Umbesetzung im Kultusministerium als Werkzeug der Koalitionsparteien habe benutzen lassen. Er habe als Ministerpräsident das Recht, die Staatsminister zu ernennen. Daß er dabei den parlamentarischen Machtverhältnissen Rechnung tragen müsse, sei selbstverständlich. Minister Becker habe ihm selbst Grimme als Nachfolger vorgeschlagen. Zu einer Erregung der christlichen Bevölkerung liege auch nicht der geringste Anlaß vor. (Lebh. Zurufe rechts.) Die Rechte der Konfessionen seien in der Verfassung, in Verträgen und Verordnungen gewährleistet. Nach ihnen habe sich Minister Grimme zu richten. Der vom Kultusminister Grimme gebrauchte Ausdruck von dem Exponenten einer Machtgruppe sei, richtig verstanden, durchaus am Platze. Nach der republikanischen Verfassung gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus. Der Wille des Volkes komme in den politischen Machtgruppen zum Ausdruck. Natürlich könnten die Exponenten dieser Machtgruppen, die als Staatsminister selbstverständlich im Sinne der Verfassung ihr Amt zu führen hätten, ihre politische Ueberzeugung mit der Ernennung zum Minister nicht auf einmal ablegen.

Davon, daß es unter dem neuen Kultusminister zu einem Stillstand der Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen komme, könne keine Rede sein. Wenn darüber geklagt werde, daß die Verhandlungen noch zu keinem Abschluß gekommen seien, so erinnere er daran, daß die Verhandlungen mit der katholischen Kirche vier Jahre gedauert hätten. Die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen würden zweifellos nicht so lange dauern; sie würden mit Ernst und Nachdruck fortgesetzt.

Zu dem von den Deutschnationalen eingebrachten Mißtrauensantrag wolle er sich im jetzigen Stadium der außenpolitischen Verhandlungen nicht äußern. Bei der Stellungnahme zu außenpolitischen Dingen habe er sich stets von der Reichsverfassung leiten lassen, die vorschreibt, daß die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches sei. Preußen sei bei den Verhandlungen über das Liquidationsabkommen mit Polen nicht beteiligt gewesen. Es kenne daher im einzelnen auch die leitenden Gesichtspunkte für dieses Abkommen nicht. Es sei aber anzunehmen, daß die Reichsregierung sich von dem Bestreben leiten ließ, zu einer allgemeinen Befriedung zu kommen, die die unerläßliche Voraussetzung für ein fruchtbares wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit unseren Nachbarn sei.

Die jetzigen deutschen Ostgrenzen halte auch er für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht. Man müsse aber doch mit den gegebenen Machtverhältnissen rechnen. Die preußische Staatsregierung habe erhebliche Bedenken gegen den Inhalt des polnischen Liquidationsabkommens gehabt und sei geneigt gewesen, sich gegenüber diesem Abkommen völlig ablehnend zu verhalten. Eingehende gemeinsame Beratungen mit dem Reichskabinett hätten die Staatsregierung aber davon überzeugt, daß es im Interesse des Reiches und vor allem auch der Deutschen jenseits der Grenzen besser wäre, wenn man diesem Abkommen zustimme.

Die Reichsregierung habe eine Regelung für die Abgeltung des Preußen entgangenen Staatsvermögens in Aussicht gestellt. Nach diesen Zusicherungen glaubten wir dem Vertrage zustimmen zu sollen, auch entgegen dem Landtagsbeschluß, da der Landtag bei Annahme dieses Beschlusses diese Tatsachen nicht kannte. Das gesamte preußische Kabinett sei bereit, mit seiner Verantwortung für seine Haltung einzustehen. (Beifall b. d. Reg.-Par.)

•

Die Aussprache.

Abg. **Steuer** (Dntl.) bezeichnete die Ausführungen des Ministerpräsidenten als schwach. Jedenfalls sei es für die christliche Kirche bedenklich, daß ein Sozialdemokrat Kultusminister sei. Das Zentrum trage hierfür die politische Verantwortung. Was die Haltung zu dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen angehe, müsse man natürlich mit den gegebenen außenpolitischen Verhältnissen rechnen, doch könne man weit mehr erreichen, wenn man ein starkes Rückgrat zeige.

Abg. Dr. **Heß** (Ztr.) verwahrte sich dagegen, dem Zentrum die politische Verantwortung für die Ernennung des sozialdemokratischen Kultusministers zuzuschieben. Wollen und Vollbringen seien im politischen Leben zweierlei Dinge. Es sei nur darauf hinzuweisen, daß auch deutschnational beeinflußte Reichsregierungen das Reichsschulgesetz nicht zustandegebracht hätten. Das Zentrum würde gegen den Mißtrauensantrag stimmen unter der Voraussetzung, daß sich auch der neue Kultusminister praktische politische Weisheit zu eigen machen werde. (Zurufe bei den Dntl.: Ist das Gesetz!).

Abg. **Kerff** (Komm.) stimmte dem Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei zu, ohne sich dessen Begründung zu eigen zu machen.

Im weiteren Verlauf der Debatte begrüßten die Abgeordneten **Ponfick** (D. Frakt.), **Kube** (Natsoz.), **Lindner** (Christl. Soz. Volksd.) und **Leonhard** (Wirtschpt.) die Mißtrauensanträge. Ebenso sprach sich der Kommunist **Jendrosch** gegen die Regierung aus.

Ansturm der Gottesleugner!

Aufruf der evangelischen Verbände gegen die Christenverfolgungen in Rußland.

— Berlin, 20. Februar.

Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen und der Internationale Verband zur Verteidigung und Förderung des Protestantismus erlassen folgenden Aufruf gegen die Christenverfolgungen in Sowjetrußland:

„Leidende Brüder und Schwestern in Rußland!

Wir wissen nicht, wie viele von Euch unser Ruf erreichen wird. Aber unseres Herzens Drang treibt uns, ihn zu Euch zu senden. Millionen evangelischer Christen, im Evangelischen Bund und im Internationalen Verband zur Verteidigung und Förderung des Protestantismus vereint, hören mit tiefster Empörung von den unsagbaren Leiden und Verfolgungen, die über Euch hereingebrochen sind von dem dämonischen Ansturm der Mächte der Gottlosigkeit, der gegen alles religiöse Leben und alle Religionsgemeinschaften, insbesondere gegen christlichen Glauben und christliches Bekenntnis blindwütend bei Euch tobt.

Wir bekennen uns zu Euch in dem heißen Gebet, daß Gott der Herr Euren Leiden ein Ende machen möge und daß er mit seiner Kraft, seinem Trost und seinem Frieden Euch nahe sei. Wir bekennen uns zu Euch in tiefster Dankbarkeit für Eure Standhaftigkeit und Treue, die nicht unbelohnt bleiben und hilfsbereiten Opferwillen in der gesamten Christenheit wecken wird.

Wir bekennen uns zu Euch in der felsenfesten Gewißheit, daß Gottes Reich bleiben wird trotz aller Verfolgung und Bedrängnis. Wir bekennen uns zu Euch in der zuversichtlichen Hoffnung, daß auch heute noch das Blut der Märtyrer der Same der Kirche sein wird.

So grüßen wir Euch in der Verbundenheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung: Der Friede des Herrn sei mit Euch.

Eine weitere Entschließung gegen die Christenverfolgungen in Rußland faßte der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen.

Arbeiten und sparen!

Aufruf bekannter Wirtschaftsführer und Wissenschaftler. Verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitik.

Eine Reihe von bekannten Führern der deutschen Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, der Banken, ferner mehrere Wissenschaftler von Ruf sowie die deutschen Mitverfasser des Youngplans — Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Dr. Vöaler und Geheimrat Kastl — veröffentlichen einen Aufruf, dessen wesentlichster Teil lautet:

Es ist unerläßlich geworden, die Finanz- und Wirtschaftspolitik grundlegend zu ändern. Sie muß einheitlich und folgerichtig auf die endgültige Ordnung der öffentlichen Finanzen und auf die Steigerung der Produktivität der Gesamtwirtschaft eingestellt werden. Wir brauchen eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die allen Wirtschaftszweigen, insbesondere auch der Landwirtschaft, eine solche Entfaltung ermöglicht und sichert, daß sie ihrer Aufgabe, den Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen und genügend auskömmliche Arbeitsplätze zu schaffen, in steigendem Maße gerecht werden können.

Jeder nicht unbedingt erforderliche Aufwand ist zu beseitigen.

Die durch die äußeren Verpflichtungen verschärfte Verantwortung des Reiches erfordert, daß die Ordnung der öffentlichen Haushalte als eine einheitliche Aufgabe von Reich, Ländern und Gemeinden betrachtet und unter Führung des Reiches durchgeführt wird. Das ist der einzige Weg, um zu einer dauernden Senkung des Zinsfußes als einer wesentlichen Voraussetzung der Gesundung des Arbeitsmarktes zu kommen.

An die Durchführung des Neuen Planes kann nicht gegangen werden, wenn nicht die Erkenntnis verwirklicht wird, daß die Verpflichtungen nur aus einer Volkswirtschaft aufgebracht werden können, die große Ueberschüsse erzeugt. Die Volkswirtschaft bedarf daher auch einer tiefgehenden Erleichterung der öffentlichen Lasten. Eine Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik ist hiermit unvereinbar. Es handelt sich hierbei nicht um ein Erfordernis der Kapitalbildung um ihrer selbst willen, sondern um die

Erhaltung und Ausdehnung der Arbeitsstätten.

Wir sehen in der Förderung der Produktion und in der Hebung des Wohlstandes in den weitesten Schichten unseres Volkes eine Vorbedingung für unseren nationalen und kulturellen Aufstieg. Aber ebenso sind wir der Ueberzeugung, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn auf der einen Seite die Wirtschaft selbst in allen ihren Gliedern sich ihrer vollen Verantwortung gegenüber Staat und Volk bewußt ist, auf der anderen Seite aber auch der Staat in den kommenden Jahren die Erfordernisse einer streng sachlichen Wirtschaftspolitik erfüllt.

Politische Rundschau.

— Am Sonnabend trifft der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober zu einem offiziellen Besuch in Berlin ein.

:: **Geheimrat Hohenegg in den Reichswirtschaftsrat berufen.** Reichswirtschaftsminister Schmidt hat den Geheimen Landesökonomierat Hohenegg, einen der beiden Präsidenten des neuen landwirtschaftlichen Einheitsverbandes, in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen.

Bank- und Bahngesetz vor dem Ausschuß.

— **Berlin,** 20. Februar. Die vereinigten Reichstagsausschüsse führten die Aussprache über das Bankgesetz zu Ende. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Christlichnationalen und der Kommunisten wurde die Novelle angenommen. Die Ausschüsse gingen dann zur Beratung des Reichsbahngesetzes über, die der Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald einleitete. Es handele sich darum, die Reichsbahn wieder enger an das Reich heranzubringen. Nur in finanziellen und Personalangelegenheiten soll die Reichsbahn eine unabhängige Gesellschaft bleiben.

Alkohol und Jugend.

— **Berlin,** 20. Februar. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages erledigte die Bestimmungen des Gaststättengesetzes über den Jugendschutz. Nach den Beschlüssen des Ausschusses ist der Ausschank von Branntwein an Personen unter 18 Jahren zum eigenen Genuß verboten. An Personen unter 16 Jahren dürfen auch andere geistige Getränke oder Trinkwaren nicht verabreicht werden. Ferner ist verboten, an Betrunkene geistige Getränke zu verabreichen.

Berlin bekommt 45 Millionen.

— **Berlin,** 20. Februar. Der 45-Millionen-Kredit, den ein Konsortium unter Führung der Preußischen Staatsbank und der Deutschen Bank der Stadt Berlin angeboten hat, ist soeben vom Magistrat angenommen worden. Er dient der Fertigstellung der dringlichsten Bauten und der Abdeckung der Kosten verschiedener zwangsläufiger Vertragsleistungen.

Zurückstellung des Polenvertrags?

Wie verlautet, haben zwischen dem Reichsaußenminister und einzelnen Parteiführern Besprechungen darüber stattgefunden, ob und in welcher Form die Herausnahme des Polenabkommens aus den Haager Abmachungen vor sich gehen kann. **Von den Parteien ist vorgeschlagen worden, die Ausschußberatungen über das Polenabkommen um wenigstens acht Tage zu verlängern, damit auch nach außen hin sinnfällig die Nichtverbundenheit des Polenvertrages mit dem Young-Plan in Erscheinung tritt.** Der Reichsaußenminister soll sich diesen Vorschlägen nicht völlig versagt haben.

Das Bauprogramm der Marine.

Durchführung erst ab 1931.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Es ist bekannt, daß in der letzten Kabinettssitzung eine Einigung dahin zustandegekommen ist, daß eine Rate für das Panzerschiff B in den Etat für 1930 nicht eingesetzt wird. Die Gründe sind in Finanznot zu erblicken, die es dieses Jahr unmöglich macht, einen Posten für Panzerschiff B in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, schon jetzt einem Beschluß des Reichstages nachzukommen, wonach umgehend ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Flotte aufgestellt werden soll. Dieses wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorgelegt werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Ersatzbauten festlegen, wobei auch der Ersatz für Linienschiffe vorgesehen wird."

Trauerfeier für Dr. Köster.

Beileidstelegramm Hindenburgs. — Ueberführung der Leiche von Belgrad nach Hamburg.

Für den deutschen Gesandten in Belgrad, Dr. Köster, der wenige Stunden nach der zweiten Operation im Alter von nur 47 Jahren gestorben ist, fand in der Gesandtschaft in Belgrad eine Trauerfeier statt, an der auch die amtlichen Kreise Südslawiens teilnahmen. Nach der Trauerfeier wurden die sterblichen Ueberreste des deutschen Gesandten zum Bahnhof geleitet. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten in Blankenese werden das Reichskabinett, das Auswärtige Amt und das Reichsinnenministerium Vertreter entsenden.

Reichspräsident von Hindenburg richtete folgendes Beileidstelegramm an die Gemahlin und die Söhne des Verstorbenen:

„In aufrichtiger Trauer spreche ich Ihnen zu dem schweren Verlust, der Sie und Ihre Kinder durch das Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls betroffen hat, zugleich im Namen der Reichsregierung innige Teilnahme aus. Ein unerbittliches Schicksal hat Deutschland eines seiner besten Söhne beraubt. Seit der Staatsumwälzung ist er für die deutsche Republik bis zu seinem Tode in verschiedenen hohen Staatsstellungen mit seiner ganzen Kraft und seinem reichen Wissen und Können erfolgreich tätig gewesen. Der Tod hat seinem Wirken viel zu früh ein Ziel gesetzt. Deutschland steht trauernd an der Bahre dieses Mannes, dessen Andenken in Ehren fortleben wird."

Weitere Beileidstelegramme sandten u. a. der Kanzler und der Außenminister. Staatssekretär Dr. von Schubert gedachte in der Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes des Dahingeschiedenen, mit dem Deutschland seinen vierten Außenminister nach dem Umsturz verloren habe. Eingehend würdigte der Staatssekretär dann das Wirken Dr. Kösters als Abstimmungskommissar für Nordschleswig und als Reichsaußenminister (1920).

Wieder Einfuhrüberschuß im Januar.

Die deutsche Außenhandelsbilanz für den ersten Monat des neuen Jahres zeigt ein wenig erfreuliches Ergebnis.

Unter Einschluß der Reparationslieferungen beträgt der Einfuhrüberschuß im Januar rund 200 Millionen Mark. Berücksichtigt man weiter die höheren Anschreibungen infolge der Halbjahrsabrechnung (223 Millionen Mark), so zeigt sich, daß Ein- und Ausfuhr im Berichtsmonat etwa im Gleichgewicht waren.

Sven Hedin 65 Jahre alt.

Aus dem Leben des Forschungsreisenden.

Am heutigen Tage (19. Februar) wird der schwedische Forschungsreisende Sven Anders Hedin 65 Jahre alt.

Am 19. Februar 1865 in Stockholm geboren, studierte er Geographie und Naturwissenschaften und trat 1885 seine erste Reise nach Persien und Mesopotamien an. Als Sekretär bei der schwedischen Gesandtschaft in Teheran unternahm er, vom König Oskar II. mit Geldmitteln versehen, eine mehrjährige Reise nach Zentralasien. Er drang in das nördliche Tibet ein, gelangte 1897 nach Peking, von wo er über Nordchina und Sibirien heimkehrte.

1899 begab er sich nochmals nach Zentralasien und versuchte, als Pilger verkleidet, in das östliche Tibet bis nach Lhassa vorzudringen, wurde aber zur Rückkehr genötigt. 1905 trat der unermüdliche Forscher eine neue Fahrt nach Innerasien an und kam 1908 mit reicher wissenschaftlicher Ausbeute nach Europa zurück.

Am 9. Mai 1927 begann er eine neue Forschungsreise durch die südliche Wüste Gobi. Hedin brachte einen 16 Kilometer langen Film mit, der großes Aufsehen erregte.

Rundschau im Auslande.

* Der ungarische Unterrichtsminister Graf Klebelsberg stattete dem österreichischen Bundespräsidenten Miklas und dem Bundeskanzler Schober einen Besuch ab.

* Die russische Regierung erklärt, die fernöstliche Armee, die den Krieg gegen China geführt habe, solle weiter mobil bleiben, um Rußlands Interessen in Ostasien zu schützen.

* Ende dieser Woche kommen die Araberkönige Ibn Saud und Feisal an Bord eines englischen Kriegsschiffes im Persischen Golf zusammen.

*

Eine vierte Partei in England.

* Der Zeitungskönig Lord Beaverbrook hat mit Unterstützung Lord Rothermeres eine neue englische Partei gegründet, die „vereinigte Weltreichspartei". Bisher haben sich von 14 Millionen Wahlberechtigten 200 000 Personen für die neue Partei verpflichtet. Ihrer Wirkung nach bedeutet die neue Parteigründung eine Zersplitterung der konservativen Front und eine Fortsetzung der Abkehr vom alten Zwei-Parteien-System.

Indien organisiert den Freiheitskampf.

* Der Präsident des allindischen Kongresses, Nehru, ist in Bombay eingetroffen, um dort einen Stoßtrupp für den Unabhängigkeitsfeldzug gegen die britische Herrschaft zu bilden. In einer Rede erklärte Nehru, die Zeit der Worte sei nun vorüber. An Stelle der Worte müsse ein vereinigtes Vorgehen mit dynamischer Kraft treten.

*

Das Amtsgebäude des Athener Bürgermeisters gestürmt.

— **Athen,** 19. Februar. Das Amtsgebäude des Bürgermeisters von Athen war am Mittwoch der Schauplatz wüster **kommunistischer Krawallszenen.** Unter Hochrufen auf Sowjet-Rußland drangen etwa hundert Kommunisten in das Gebäude ein, zertümmerten die Einrichtung, zerrissen die Akten und konnten erst von einem eine Stunde später erschienen Polizeiaufgebot entfernt werden. Ein Wache zur Sicherung des Amtsgebäudes wurde aber nicht zurückgelassen. Drei Stunden später erschienen die Kommunisten wieder und verlangten den Bürgermeister persönlich zu sprechen. Es entstanden wieder **schwere Tumulte,** in deren Verlauf mehrere Schüsse fielen. Die herbeigerufene Polizei konnte jedoch die Ordnung wieder herstellen. Der Bürgermeister kündigte die **Bewaffnung des Amtspersonals** an, um vor ähnlichen Vorkommnissen geschützt zu sein.

*

Die Flottenkonferenz vertagt.

— **London,** 19. Februar. Die Arbeiten der Flottenkonferenz sind praktisch zum Stillstand gelangt.

Am Spätabend wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Konferenzarbeiten bis Mittwoch nächster Woche vertagt worden sind.

*

Ein Pulverlager bei Athen explodiert.

— **Athen,** 20. Februar. Am Mittwoch flog ein großes Pulverlager der Athener Garnison in der Nähe der Stadt in die Luft. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden; sie soll sehr groß sein. Die Regierung hat den Zugverkehr in die Gegend des Pulverlagers stillgelegt. Nach einer soeben eingelaufenen Nachricht wurden 12 Soldaten getötet.

Kirche, Schule, Mission.

Wiederaufnahme deutsch-evangelischer Arbeit in Neu-Guinea. Nach jahrelangen Verhandlungen hat die rheinische Missionsgesellschaft auf ihrem alten Arbeitsfeld in Neu-Guinea die Arbeit wieder aufgenommen. Nur drei rheinische Missionare stehen zur Zeit an dieser missionarischen Front. Ein vierter, der schon früher dort gearbeitet hat, kehrte um die Jahreswende dahin zurück. Nunmehr wurden am 2. Februar drei junge Missionare, Schöttler, Stahl und Krüger ausgesandt. Mit ihnen die Missionare Dahlhäuser, Alt und Schamann, die schon früher in Neu-Guinea wirkten. Im ganzen werden also sechs missionarische Kräfte die stark gelichtete Schar rheinischer Missionsarbeiter unter den Papua Neu-Guineas verstärken.

Gleichzeitig wurden am 2. Februar für das Missionswerk im Batakland auf Sumatra die Missionare Mindermann und Bregenstroth mit ihren Frauen und Schwester Frieda Lau abgeordnet, die alle zum zweitenmal auf ihr Arbeitsfeld ziehen. Zur Uebernahme der Hospitalarbeit in Laguboti geht Missionsarzt Dr. med. Löwenstein und Frau, und für die Industrieschule dortselbst der Techniker R. Nonnenberg hinaus. Auch mit der Aussendung dieser Arbeitskräfte werden nur Lücken ausgefüllt, die nicht länger offenbleiben durften, nachdem sich die Arbeiter zur Verfügung gestellt haben. Die Neuaussendungen, im ganzen 16, bedeuten natürlich eine große Belastung für die Rheinische Mission, sind aber zugleich ein Zeichen für den ungebrochenen Arbeitswillen der evangelischen Kirche und Missionsgemeinde in Deutschland.

Volkshochschulkurs in der Wislade.

Vom **22. März bis 16. April** findet im Volkshochschulheim Wislade ein Lehrgang für junge Menschen statt. Die Gesamtarbeit steht unter dem Hauptthema: **Das Ringen der jungen Generation um Volk und Staat, Kirche und Schule, Ehe und Familie.** Die Leitung hat Volkshochschulleiter Ludwig Rese, als Mitarbeiter stehen ihm zur Seite stud. phil. Friedrich Schotte-Elberfeld, Studienrat Hellmut Weishaupt-Lübeck, Diplom-Kaufmann Willy Hoffmeister-Lüdenscheid und andere. Willkommen sind aufgeschlossene junge Menschen im Alter von etwa 18 bis 25 Jahren. Die Kosten für den Lehrgang betragen 65.— Reichsmark, Ermäßigungen sind auf Antrag möglich. Erwerbslose wollen sich wegen besonderer Regelung melden. Anmeldungen und Anfragen sind sofort an die Leitung des Heimes, Post Oberrahmede (Kreis Altena) zu richten.

Anschließend an den Lehrgang findet eine **Osterfreizeit vom 17. bis 21. April** statt. Studienrat Hellmut Weishaupt aus Lübeck spricht über: **Der Wille zur Gestaltung der Gesellschaft und Kultur vom protestantischen Glauben her.** Die Kosten für die Freizeit betragen 12.— Reichsmark. Anmeldungen und Anfragen sind bis zum 1. April auch an die Leitung des Heimes zu richten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Berlin. Land — Licht — Leben — Liebe.** Unter dieser Losung findet am Sonnabend, 22. Februar, 7½ Uhr, in den Sälen Kaiser-Wilhelm-Straße 83 (Friedensplatz) unter der Leitung von Pfarrer Collin ein **Volkskirchlicher Abend** statt, auf den die Berliner Leser des „Aufwärts" aufmerksam gemacht werden.

Es werden sprechen: Studienrat **Niggemann,** Dr. Adolf **Damaschke** und Pfarrer **Fanzauf.** Außerdem werden Musikvorträge und kleine „Heimatspiele", aufgeführt von Primanern und Primanerinnen unter Leitung von Studienrat **Kruschwitz,** die Teilnehmer erfreuen.

Bethel.

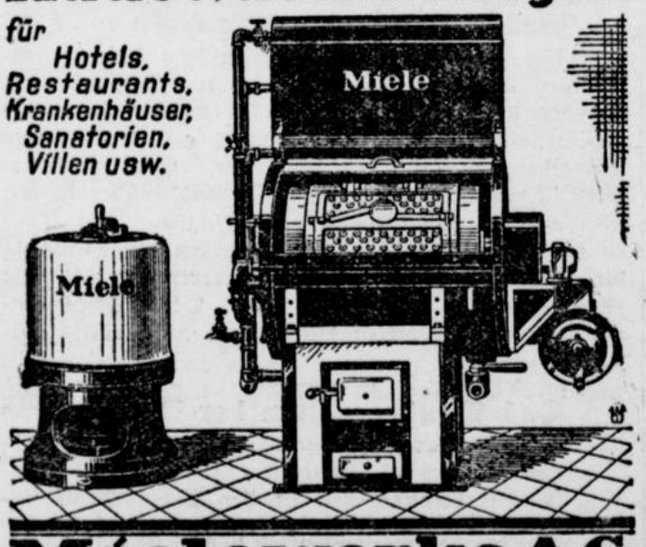
Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Donnerstag, 8¼ Uhr, spricht der Reichssekretär und Reichsjungscharführer der Evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands, Dr. K. Otto Horch-Württemberg in Gosen über das Thema: „Unser Dienst am jungen Leben." Alle Mitglieder werden erwartet. Außerdem sind Männer und junge Männer herzlich eingeladen.

Nachmittags 5½ Uhr spricht Dr. Horch in Gosen zur Jungschar; 12- bis 14-jährige Jungen willkommen.

Der Vorstand.

Miele
Hauswaschanlagen
für
Hotels,
Restaurants,
Krankenhäuser,
Sanatorien,
Villen usw.



Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Viele Tausend neue
Kaffee-Säcke
aus starkem Handtuchstoff, weiß mit rotem Rand, ganz billig, ungenäht und ohne jeden Aufdruck. Jeder Kaffee-Sack enthält zwei gute, brauchbare
Handtücher
Preis per Sack 68 Pfennig
(1 Sack - 2 Handtücher)
Direkt an Private ohne jeden verteuernden Zwischenhandel. Lieferung von 50 Stück an per Nachnahme franko. Geld zurück bei Nichtgefallen.
Hubert Martin Helle,
Bremen, Schließfach 201
(Handelsgerichtlich eingetragene Bremer Firma)
Lieferung nicht unter 10 Säcken.

Geschwister, gedenkt bitte meines Hauses bei Bedarf in
Schleswig-Holsteinischer Meierei-Tafelbutter
Versand allerfeinster Ware, täglich morgens frisch erzeugt in 9 Pfund Postpaketen.
Ich beliefere mit sehr wenig Ausnahmen nur gläubige Häuser.
Thomas Henningsen, Butter-Versandhaus, **Schörderup** bei Süderbrarup, Kreis Schleswig.

In
Bad Salzuflen
sind die erfolgreichen Winter kuren in vollem Gange. Feine Wohnung und gute Verpfleg. – von 6 Mk. an für d. Tag – finden Kurgäste in dem neuzeitlich eingerichteten Fremdenheim **„Haus in der Sonne",** Blücherstr. 1

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen
Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen.
Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.
Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.
Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Tagungen und Versammlungen des Christl.-Sozialen Volksdienstes in der Provinz Sachsen.

Reichstagsabgeordneter **Hülser** und Reichsgeschäftsführer **Rektor Kling M. d. W. L.** werden vom 22. Februar ab in verschiedenen Städten der Prov. Sachsen über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland und über die Ziele, Grundsätze, Wege und Organisation des CSVD sprechen.

Samstag, 22. 2.,	nachmittags 2 Uhr **Wahlkreistagung** in **Halle** a. Saale im Restaurant **St. Nikolaus,** Große Nikolausstraße. Abends 8 Uhr in **Halle** a. Saale eine **halböffentliche** Versammlung im **Evang. Vereinshaus,** Mittelstraße.
Sonntag 23. 2.,	nachmittags 3 Uhr **Wahlkreistagung** in **Magdeburg** im Kleinen Saal der **Evang. Stadtmission,** Hasselbachstraße 1. Abends 8 Uhr im **gleichen Saal** in Magdeburg eine **halböffentliche** Versammlung.
Montag, 24. 2.,	in **Hildesheim** nachmittags zwischen 1 und 3 Uhr **Besprechung** im engeren Kreis. Abends in **Göttingen öffentliche Versammlung.**
Dienstag, 25. 2.,	in **Braunschweig öffentliche Versammlung.**
Vom 26. 2. bis 1. 3.	in Mühlhausen oder Nordhausen oder Bernburg oder Halberstadt oder Sangerhausen Versammlungen.
Sonntag, 2. 3.,	**Landestagung in Hannover.** Näheres wird örtlich bekanntgegeben.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel. Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.